

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 9. Dezember 2021 / Jeudi matin, 9 décembre 2021

**2. Priorität – Direktion für Inneres und Justiz /
2^e priorité – Direction de l'intérieur et de la justice**

**71 2021.RRGR.52 Motion 027-2021 Feuz (Bern, SVP)
Rechtsfreie Räume in und um die Reithalle Bern – Der Kanton muss eingreifen!**

**71 2021.RRGR.52 Motion 027-2021 Feuz (Bern, UDC)
Zones de non-droit à l'intérieur et aux abords de la Reithalle – Le canton doit intervenir !**

Vizepräsident. Dann kommen wir zum Traktandum 71. Der Regierungsrat schlägt vor, Ziff. 1 als Postulat anzunehmen und Ziff. 2 und 3 abzulehnen. Die Diskussion ist frei. Der Motionär ist mit einer Umwandlung von Ziff. 1 in ein Postulat einverstanden, die Ziff. 2 und 3 bleiben in der Form der Motion. Der Motionär hat das Wort.

Alexander Feuz, Bern (SVP), Motionär. Ich danke zuerst dem Regierungsrat für seine Antwort, die wir schon gehört haben. Wir haben die Ziff. 1 gewandelt. Wir sind auch bereit, Ziff. 2 und 3 zu wandeln – wenn Sie uns diesbezüglich die entsprechenden Zeichen geben, sind wir dazu bereit. Vielleicht zuerst eine Vorbemerkung: Sie haben gesehen was in der Stadt Bern passiert ist, ähnlich wie beim Campingplatz Fanel beim Regierungsrat: «Will ich nicht, dann kann ich nicht.» Wenn man etwas nicht will, dann greift man nicht ein. Sie haben gesehen: Wir hatten Polizisten vor Ort. Die Situation war kritisch. Es wurden Personen verletzt und es wurden grosse Steine gegen einen Car geworfen. Der polizeiliche Einsatzleiter hat ein Gesuch gestellt, das Haus zu durchsuchen. Die Staatsanwaltschaft hat das abgelehnt. Thomas Glauser von der Stadt Bern und ich haben jetzt eine Strafanzeige eingereicht wegen Begünstigung. Das ist die Situation. Gleichzeitig war Blaise Kropf – er ist Generalsekretär der Präsidialdirektion der Stadt Bern (PRD) – vor Ort; angeblich zufällig. Er wurde gebeten, kurz vorbeizukommen, und hat einen Augenschein genommen. Ich weiss nicht, ob das vorausseilender Gehorsam des Staatsanwalts war – es ist nichts passiert. Das ist die Ausgangslage. Sie haben gesehen, welche Forderungen wir stellen:

In einem ersten Punkt fordern wir, dass der Kanton künftig «die Entscheidungsbefugnis in Bezug auf die Durchführung von Veranstaltungen, die Bewilligung von Kundgebungen sowie die Erteilung und den Entzug von Betriebs- und Gastrobewilligungen für die Betriebe in und um die Reithalle Bern» haben soll. Das ist die Ziffer, die auch durch den Regierungsrat dankenswerterweise in der Form eines Postulats entgegengenommen wird. Mir scheint das wichtig, ich bitte Sie alle, das zu unterstützen. Es kann einfach nicht sein, dass man in der Stadt Bern eine andere Regelung hat und die Rechtsgleichheit anders betrachtet als auf dem Land. Man kann das Beispiel einer «Besenbeiz» nehmen, aber auch eines portugiesischen oder kurdischen Restaurants, in dem vielleicht auch jemand ohne Bewilligung angestellt wird. Dann schenkt man den Jugendlichen Gin Tonic aus – den unter 17-Jährigen. Dort würde ein solcher Betrieb verwarnt, geschlossen, definitiv geschlossen. Gemäss dem Stadtpräsidenten gilt in der Stadt Bern bei der Reithalle ein Sonderfall. Das muss man speziell anschauen. Das geht nicht; wir haben im ganzen Kanton das Recht, das man gleich durchsetzen muss.

Ich komme zu Ziff. 2. Auch hier kann ich durchaus die Vorwürfe entgegennehmen: «Wir sind ja bereits Regierungsstatthalter!» Aber Sie müssen auch wissen, was der Regierungsstatthalter gemacht hat. Schauen Sie sich andere Beispiele an: In der Aarberggasse müssen die Betriebe je nach Grösse drei oder vier Security-Mitarbeiter haben; wenn sie das nicht haben, werden sie sanktioniert. In der Reithalle gilt eine andere Regelung, dort wird das nicht so streng gemacht, und man muss auch andere Positionen nicht berücksichtigen.

Auch bei Ziff. 3 bin ich wirklich bereit, zu wandeln. Nur, damit Sie sehen: Es geht mir darum, ein Zeichen zu setzen, dass man hier eben eingreift und sanktioniert. Denken Sie daran – ich habe Ihnen das schon beim letzten Vorstoss gesagt: Mir ist völlig klar, dass die Stadt Bern – auch wenn wir hier eine Mehrheit haben und eine gesetzliche Vorschrift kommt – danach wahrscheinlich das Bundesgericht aufrufen würden. Stichwort: Verletzung der Gemeindeautonomie. Mir ist klar, dass es hier darum geht, ein Zeichen zu setzen. Können wir kein Zeichen setzen, würde danach unter Umständen der Bund reagieren mit einem entsprechenden Bundesgesetz. Dann gibt es für die Stadt Bern keine Rechtsmittel mehr. Für mich ist das die letzte Chance, das zu machen.

Auch im Denkmalpflegebereich gibt es strenge Regelungen: Wenn einer in der Junkerngasse die Fensterläden rosarot streichen würde, ginge es nicht lange und man würde dort wegen Verletzung des Denkmalpflegegesetzes (DPG) eine Busse bekommen. Wenn man einen Dachausbau vornimmt, wird man wegen Verletzung der Bestimmungen des Baugesetzes (BauG) gebüsst. Dort würde auch nichts gemacht. Der Feuz hat schon ein paar Mal gesagt – Sie können das im Ratsprotokoll nachlesen –, dass es dort dann einmal eine Begünstigung gibt. Deshalb bin ich der Meinung: Setzen Sie ein Zeichen, unterstützen Sie das. Ich bin wirklich bereit, hier zu wandeln, auch die anderen Ziffern. Ich werde nachher, nach dem Regierungsrat, noch kurz sprechen und mitteilen, ob wir hier diese Wandlung bei Ziff. 2 und 3 vornehmen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Beat Schori, Bern (SVP), Fraktionssprecher. Jeder vernünftige Mensch kann mit dem Zustand in und um die Reithalle nicht einverstanden sein, wenn es um Angriffe gegen die Blaulichtorganisationen geht. Es kann nicht sein, dass Gesetzesbrecherinnen und Gesetzesbrecher nachher in der Reithalle Schutz bekommen. Da die Stadt Bern bis anhin das Problem weder gelöst hat noch den Anschein macht, dass sie es lösen will, kommt aus unserer Sicht der Kanton ins Spiel. Wir sind klar der Auffassung, dass der Kanton in solchen Situationen die Oberaufsicht hat und diese wahrnehmen muss, wie das übrigens auch bei den Gemeinden der Fall ist, wenn sie die Finanzen nicht im Griff haben, also wenn es dort aus dem Ruder läuft.

Für uns ist auch die Gemeinde- und Kantonshoheit ein zu respektierender Grundsatz. Da aber die Stadt seit Jahren den rechtsfreien Raum in der Reithalle gewährt, sind wir der Ansicht, dass der Moment gekommen ist, dass der Kanton Bern diesbezüglich seine Oberaufsicht wahrnehmen und dann handeln muss. Aufgrund von diesen Überlegungen stimmt die Grossratsfraktion der SVP mehrheitlich – nachdem gewandelt wurde vielleicht einstimmig – diesen Postulaten zu, und ich bitte Sie, das ebenfalls zu tun. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, und wenn Sie wirklich für Recht und Ordnung sind, können Sie hier ein Zeichen setzen!

Philip Kohli, Bern (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich weiss, die Aufmerksamkeit vor dem Mittag ist auch bei Gericht nicht immer so gross, deshalb bevorzuge ich eigentlich Verhandlungen frühmorgens. Aber ich bin froh, wenn Sie mir noch schnell zuhören. Täglich grüsst das Murmeltier – die SVP und die Reithalle. Ganz grundsätzlich: Ja, ich bin auch Stadtberner, ja, ich ärgere mich auch tödlich, wenn wieder Flaschen und Steine geflogen kommen, wenn ein Beamter angegriffen wird. Ich ärgere mich auch, wenn die SVP am Eingang abgewiesen wird und es heisst: «Sie dürfen hier nicht essen!» Ich finde das elend. Und es ist auch elend, dass dort mit Dingen gehandelt wird, die den Namen «Drogen» nicht einmal verdienen.

Aber ja, ich bin auch Stadtberner, und ich bin auch der Meinung, dass wir hier nicht unsere Zeit damit verschwenden sollten, juristisch schlecht abgeklärte Forderungen zu diskutieren. Ich weiss, es ist Wahlkampf, und deshalb lasse ich es mir auch nicht nehmen, hier noch zwei, drei Worte zu sagen.

Zu Ziff. 1 und Ziff. 2: Einzig im Bereich der Gastgewerbekontrollen sieht die Mitte-Fraktion effektiv Handlungsspielraum und Handlungsbedarf, und wir sind der Meinung, dass es nicht passieren darf, dass die zuständigen Organe an der Kontrolle gehindert werden und so eben eine Ungleichbehandlung entsteht. Deshalb unterstützen wir auch grossmehrheitlich Punkt 1 als Postulat – herzlichen Dank dem Motionär für die Wandlung. Bei Ziff. 2 erstaunt uns, dass die Einreichenden ihre Hausaufgaben einfach nicht wirklich gemacht haben, und hier die Verwaltung beüben, etwas Offensichtliches zu beantworten, und zwar, dass die Kompetenz schon beim Kanton ist. Gerne könnten Sie

mir beim nächsten Mal einen solchen Vorstoss im Voraus zustellen, dann streichen ich Ihnen alle Forderungen grün an, die bereits erfüllt werden, und es ein bisschen peinlich sein könnte, wenn man sie fordert. Wir lehnen diesen Punkt deshalb entschieden ab.

Zu Ziff. 3: Die Mitte-Fraktion ist auch der Meinung, dass unbewilligte Kundgebungen wirklich ein Übel sind und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Es ist nicht so schwer, den «Fötzel» auszufüllen und um eine Bewilligung zu ersuchen. So stört man dann den ÖV nicht, die Route kann geplant werden und die Meinungsäusserungsfreiheit ist gewahrt. Nichtsdestotrotz: Das Grundprinzip im öffentlichen Recht ist die Verhältnismässigkeit. Diese kann nicht einfach ausgeblendet werden. Es sei erwähnt, dass wir einen bürgerlichen Stadtberner Polizeidirektor haben, Reto Nause, und wir haben im Kanton Bern auch einen bürgerlichen Polizeidirektor. Ich denke, man kann den beiden ruhig etwas vertrauen, dass sie im Einzelfall – und der Einzelfall ist eben wichtig – das Richtige entscheiden. Lösen wir jetzt die Kundgebung auf, oder lässt man sie aus Sicherheitsbedenken noch etwas laufen? Langer Rede kurzer Sinn: Die Ziff. 3 lehnen wir ab. Zusammenfassend ist die Mitte-Fraktion dort dabei, wo wir effektiv etwas verändern können, und unterstützt die Ziff. 1 als Postulat.

Peter Bohnenblust, Biel/Bienne (FDP), Fraktionssprecher. Auch als Nicht-Berner erlaube mir, hier das Wort zu ergreifen, und versuche angesichts des Rückstands auch kurz zu sein. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge des Regierungsrates. Der Motionär hat ein Thema aufgegriffen, das sehr viele Leute schon sehr lange beschäftigt. Leider ist im Moment keine Besserung in Sicht. Ich erlaube mir festzuhalten, dass hier der Schlüssel zur Lösung primär bei der Stadt Bern liegt – oder liegen würde; teilweise auch beim Regierungsrat respektive neuerdings dann auch bei der Regierungsrätin.

Ich verzichte hier darauf, diverse Problemkreise oder Einflussmöglichkeiten aufzuzeigen. Eine Möglichkeit haben wir in Ziff. 1, die der Regierungsrat als Postulat annehmen will. Deshalb unterstützen wir die Ziff. 1 ganz klar. Was die Punkte 2 und 3 anbelangt, ist ein Zeichen zu setzen an sich schon eine gute Sache. Aber hier ist es falsch, weil es rechtlich nicht haltbar ist. Ziff. 2 ist bereits in der Kompetenz des Kantons – wir haben es vorhin schon gehört. Zu Ziff. 3 kann ich mich auch kurzhalten: Die Forderung, die er in der Motion formuliert, ist zu absolut formuliert. Es geht hier, wie der Regierungsrat sagt, darum, den Einzelfall zu prüfen, aber auch die Verhältnismässigkeit zu berücksichtigen. Deshalb stimmt unsere Fraktion gemäss Regierungsrat.

Stefan Bänz Müller, Innerberg (SP), Fraktionssprecher. Ich habe versprochen, ich brauche nur eine Minute, weil bald Mittag ist – deshalb rede ich schneller als sonst. Selbstverständlich verurteilt die SP-JUSO-PSA-Fraktion Gewalt rund um die Reithalle. Selbstverständlich. Aber hier geht es eigentlich um drei Punkte: Erstens geht es darum, dem Regierungsrat Kompetenzen wegzunehmen, weil man mit seinen Entscheiden nicht einverstanden ist. Zweitens geht es darum, der Stadt Bern Kompetenzen wegzunehmen, weil man mit ihren Entscheiden nicht einverstanden ist. Bei beidem – und vor allem beim zweiten Punkt – muss man fragen, wo jetzt plötzlich die Gemeindeautonomie ist, die wir vorher bei den Gemeindeparlamenten diskutiert haben. Drittens geht es darum, in die operativen Abläufe der Kantonspolizei einzugreifen. Wir lehnen diese 3 Punkte ab, auch als Postulat.

Vizepräsident. Der nächste Sprecher hat mir versprochen, dass er sich auch kurzhält. Dann nehmen wir ihn noch.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Ich kann mich kurzhalten, sodass wir ganz pünktlich in die Mittagspause können. Die EDU-Fraktion wird diesen Vorstoss unterstützen. Wieso? Für uns sind die Zustände bei der Reitschule, von denen wir immer wieder hören und die für uns seit Jahren und Jahrzehnten ungelöst sind, eines Rechtsstaats unwürdig. Deshalb finden wir diese Forderungen ... – ich bin zu wenig Jurist, um zu beurteilen, ob sie dann im Detail in allen Punkten so umgesetzt werden können. Aber bei uns in der Fraktion ist der Unmut gross über die Missstände, die es gibt, und deshalb werden wir diesem Vorstoss zustimmen.

Vizepräsident. Dann unterbrechen wir hier die Debatte. Ich wünsche Ihnen einen schönen Mittag unter den Lauben von Bern; wir beginnen am Nachmittag wieder pünktlich.

Die Sitzung endet um 11.45 Uhr. / La séance se termine à 11 heures 45.

Protokoll: / Procès-verbal :

Sarah O'Leary (d)

Ursula Ruch (f)